

USA werfen Südafrika Rassismus vor: Ramaphosa in Washington unter Druck!

US-Regierung kritisiert Südafrika wegen Rassismuskorwürfen, wirtschaftliche Spannungen und geopolitische Folgen.



Pretoria, Südafrika - Die Spannungen zwischen den USA und Südafrika nehmen zu, nachdem die US-Regierung das Land der Diskriminierung von Weißen beschuldigt hat. Dies geschah im Kontext eines kürzlich veröffentlichten Berichts, in dem behauptet wird, dass das südafrikanische Landeneignungsgesetz weiße Landwirte ohne Entschädigung enteignen könnte. Laut **Tagesschau** hat Präsident Donald Trump dies als einen Vorwand genutzt, um finanzielle Hilfen für das Land einzufrieren.

Aufgrund dieser Vorwürfe wurde eine Gruppe von weißen Südafrikanern als Flüchtlinge in den USA aufgenommen, während rund 50 weitere Mitglieder dieser Gemeinschaft bereits

Asyl beantragt haben. Präsident Cyril Ramaphosa reist in diesem angespannten Umfeld zu einem Treffen mit Trump, wobei in Pretoria die Sorge besteht, dass Ramaphosa ähnlich behandelt wird wie der ukrainische Präsident Selenskyj.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ist durch zusätzliche Streitigkeiten über Handelsfragen angespannt. Die Trump-Administration hat angekündigt, Strafzölle von bis zu 30 Prozent auf südafrikanische Exporte zu verhängen. Südafrika exportiert nicht nur Autos und Autoteile, sondern auch Wein, Gemüse und Zitrusfrüchte in die USA. Agrarminister John Steenhuisen betont die Notwendigkeit, diese Strafzölle zu verhindern, insbesondere im Hinblick auf das bald auslaufende AGOA-Abkommen, das zollfreie Exporte für viele afrikanische Staaten ermöglicht. Eine Verlängerung dieses Abkommens durch den US-Kongress gilt als unwahrscheinlich.

Die US-Regierung hebt ferner hervor, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika aufgrund der politischen Ausrichtung des Landes unter Ramaphosa auf dem Spiel stehen. Washington erwartet eine umfassende Kursänderung in der südafrikanischen Außenpolitik, insbesondere in Bezug auf Russland, China und Israel. In der Vergangenheit wurde Südafrika von den USA beschuldigt, Waffen an Russland zu liefern und enge militärische Beziehungen zu Russland sowie China zu pflegen.

Politische Vorwürfe und deren Rückwirkungen

Die Vorwürfe des Völkermords an weißen Bauern und die damit verbundenen Sanktionen haben Ramaphosa gezwungen, öffentlich zu reagieren. Er weist sämtliche Anschuldigungen zurück und betont, dass die Enteignungen in Südafrika stets einem rechtlichen Prozess folgen und dass es in dem fraglichen Gesetz um Gerechtigkeit für die Folgen der Apartheid-Ära gehe.

Ramaphosa äußerte, dass die USA bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, abgesehen von HIV-Programmen, kaum nennenswerte Mittel bereitstellen.

Zusätzlich zu diesen wirtschaftlichen und politischen Spannungen hat die Diskussion um Südafrikas Klage gegen Israel am Internationalen Gerichtshof wegen Völkermords im Gazastreifen ebenfalls die Beziehungen belastet. Die USA, Israel und die Bundesregierung betrachten diese Vorwürfe als unbegründet. Dennoch sieht die wirtschaftliche und politische Landschaft in Südafrika zunehmend instabil aus, während die Linksoption, insbesondere die EFF, die Reise von Ramaphosa nach Washington als fruchtlos betrachtet.

Insgesamt deutet alles darauf hin, dass die bestehenden Spannungen schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Außenbeziehungen Südafrikas haben könnten. Die anstehenden Gespräche zwischen Ramaphosa und Trump werden entscheidend für die zukünftigen Beziehungen beider Nationen sein.

Details	
Vorfall	Rassismus
Ort	Pretoria, Südafrika
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesschau.de• www.aljazeera.com• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de